

INHALT

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Allgemeine Literatur	XXIII

Einleitung

§ 1. Definition, Begründung und Funktion des Erbrechts	1
I. Definition und Begründung des Erbrechts	1
II. Gesetzliche und gewillkürte Nachfolge	2
III. Die drei Erbberufungen – gesetzliche, gewillkürte und pflichtteilsmäßige – und ihr gegenseitiges Verhältnis	4
IV. Dispositives, zwingendes oder ergänzendes Recht	6
§ 2. Die in die Erbschaft enthaltenen Güter und Schulden	7
I. Vorhandenes Vermögen, Teilungsmasse und Masse zur Berechnung der Pflichtteile	7
II. Die von Todes wegen übertragbaren Rechte und Schulden	9
§ 3. Die hauptsächlichen technischen Grundsätze des schweizerischen Erbrechts	12
I. Notwendigkeit der Gesamtnachfolge	12
II. Die erbrechtlichen Gemeinschaften und ihre Teilung	15
III. Das Schicksal der Schulden	17
IV. Die erbschaftlichen Vermögen	18
§ 4. Eingliederung, Unterteilung und Revisionen des schweizerischen Erbrechts	19
I. Eingliederung des Erbrechts im Zivilgesetzbuch	19
II. Die Einteilung des Erbrechts im Gesetzbuch und in der vorliegenden Abhandlung	20
III. Revisionen des Erbrechts	21

Erster Titel

Die gesetzliche Berufung

Erstes Kapitel

Die Blutsverwandten als gesetzliche Nachfolger

§ 5. Die gesetzlichen Nachfolger im allgemeinen	25
I. Die Blutsverwandten	25
II. Gesetzliche Nachfolger, die nicht blutsverwandt sind	26
§ 6. Das schweizerische Parentelensystem	27
I. Definition der Parentelen	27
II. Die Rangordnung der Parentelen	28

§ 7. Die Teilung des Nachlasses innerhalb der Parentelen	29
I. Die Teilung nach Linien	29
II. Die Teilung nach Stämmen (souches)	31
III. Die Doppelverwandtschaft und die Halbverwandtschaft	33
§ 8. Die außereheliche (oder «natürliche») Verwandtschaft	34
I. Der Grundsatz der gesetzlichen Berufung der außerehelichen Kinder	34
II. Das uneheliche Kind in Konkurrenz mit ehelichen Verwandten	35
III. Die Revisionen des ZGB	37
§ 9. Die Grenzen der gesetzlichen Erbfolge	38

Zweites Kapitel

Die gesetzlichen Nachfolger, die keine Blutsverwandten sind

§ 10. Das angenommene Kind	40
I. Die dem durch Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 geänderten Zivilgesetzbuch unterstehenden Adoptionen	40
II. Die Adoptionen, die dem bisherigen Art. 465 ZGB unterliegen	41
§ 11. Die gesetzlichen Erbrechte des überlebenden Ehegatten	45
I. Allgemeines	45
II. Die Definition des überlebenden Ehegatten	47
III. Erbfolge, eheliches Güterrecht und elterliches Verwendungsrecht	48
IV. Die der gesetzlichen Lösung in der Schweiz zugrunde liegenden Prinzipien	50
V. Der überlebende Ehegatte als Erbe eines Teiles	51
VI. Die gesetzliche Nutznießung im allgemeinen	52
VII. Die nur die gesetzliche Nutznießung des überlebenden Ehegatten beherrschenden Regeln	56
§ 12. Das Gemeinwesen als Erbe	65

Drittes Kapitel

Gibt es nach schweizerischem Recht gesetzliche Vermächtnisse?

§ 13. Die gesetzliche erbrechtliche Nutznießung wird im Sinne einer Universalsukzession erworben (pro memoria)	67
§ 14. Die nach Art. 605 und 606 ZGB gewährten Rechte	68
I. Das zu lösende Problem	68
II. Die Voraussetzungen und die Natur des Rechts auf Unterhalt der Mutter eines Nasciturus	69
III. Die Voraussetzungen und die Natur des Rechts nach Art. 606 ZGB	70
§ 15. Die Vorausbezüge gemäß Art. 631 Abs. 2 und 334–334 ^{bis} ZGB	72
I. Der Vorausbezug zu Gunsten des unerzogenen oder gebrechlichen Kindes (Art. 631 Abs. 2 ZGB)	72

II. Die Entschädigung desjenigen, der mit dem Erblasser in gemeinsamem Haushalte wohnend ihm seine Arbeit oder seine Einkünfte zuwendet (Art. 334, 334 ^{bis} und 603 Abs. 2 ZGB)	74
§ 15a. Das Recht des überlebenden Ehegatten auf Wohnung und Haushaltungsmobilien	77

Zweiter Titel

Die Verfügungen von Todes wegen

Erstes Kapitel

Die nach schweizerischem Recht zulässigen Verfügungen von Todes wegen

§ 16. Definition und allgemeine Kriterien	83
I. Definition und Unterscheidung von Rechtsgeschäften unter Lebenden	83
II. Die Verfügungen von Todes wegen als höchst persönliche Rechtsgeschäfte	84
III. Numerus clausus des Verfügungen von Todes wegen	87
IV. Die Verfügungen von Todes wegen dürfen weder rechtswidrig noch unsittlich sein	90
§ 17. Die Erbeinsetzung	91
I. Definition und Unterschied zum Vermächtnis	91
II. Das Verhältnis zwischen der Erbeinsetzung und dem Intestaterbrecht	94
III. Auslegungsregeln für die Bestimmung der Erbteile	96
IV. Ersetzung eines eingesetzten Erben, der die Erbschaft nicht antritt	96
§ 18. Die Bedingung und der Termin	98
I. Einleitung und Definitionen	98
II. Die Ungültigkeit einer Bedingung	99
§ 19. Die Substitution im allgemeinen und die Vulgarsubstitution	100
I. Die verschiedenen Substitutionen	100
II. Die Vulgarsubstitution	102
§ 20. Die Nacherbeinsetzung	103
I. Zweck und Definition	103
II. Beschränkung auf zwei Gesamtnachfolgen	105
III. Natur der Wirkungen der Substitution auf die betreffenden Güter	107
IV. Der Zeitpunkt der Auslieferung und deren Ausschluß	111
V. Die Anwartschaft und der Erwerb durch den Nacherben	113
VI. Die Haftung des Vorerben gegenüber dem Nacherben	115
VII. Inventar, Sicherheiten und Erbschaftsverwaltung zu Gunsten des Nacherben	116
VIII. Die Nacherbeinsetzung für den Überrest	121
IX. Nachvermächtnisse (pro memoria)	123
§ 21. Die von Todes wegen errichtete Stiftung und die Nacherbeinsetzung	123

§ 22. Das Vermächtnis	125
I. Definition	125
II. Beschwerde und Bedachte	127
III. Die geschuldete Leistung und ihre Fälligkeit	130
IV. Erwerb, Ausschlagung und Verjährung der Forderung des Vermächtnisnehmers	136
V. Rechtsstellung des Beschwerden zwischen der Eröffnung des Erbgangs und der Auslieferung	139
VI. Verhältnis zwischen dem Vermächtnis und dem, was seine Beschwerden aus der Erbschaft erhalten	145
§ 23. Die Auflage	147
I. Definition	147
II. Die Vollziehung der Auflage	149
III. Die Ungültigkeit der Auflage	150
IV. Analoge Anwendung der Bestimmungen über das Vermächtnis	152
§ 24. Der Willensvollstrecke	152
I. Definition und Natur der Willensvollstreckung	152
II. Beginn, Ende und Vergütung des Amtes des Willensvollstreckers	156
III. Befugnisse und Pflichten des Willensvollstreckers nach dispositivem Recht (Art. 518 ZGB)	160
IV. Erweiterter oder beschränkter Auftrag an den Willensvollstrecke	167
§ 25. Der Widerruf und die Enterbung im weiteren Sinne	169
§ 26. Teilungsvorschriften, Anordnung der Ausgleichung und Befreiung davon, Regeln betreffend die Reihenfolge der Herabsetzungen (pro memoria)	170

Zweites Kapitel

Die Rechtsgeschäfte von Todes wegen

§ 27. Das Testament (pro memoria)	171
§ 28. Der Erbvertrag	172
I. Begriff, Nutzen und Anwendungsgebiet des Erbvertrags	172
II. Die einseitigen und vertraglichen Verfügungen von Todes wegen eines positiven Erbvertrags	175
III. Die Wirkungen des positiven Erbvertrags	179
IV. Der von Art. 534 ZGB geregelte Spezialfall	183
V. Die Wirkungen des Erbverzichtvertrags	184
VI. Folgen des Gegenseitigkeitscharakters der entgeltlichen Erbverträge	186
§ 29. Das gemeinschaftliche Testament	190
§ 30. Die Schenkung von Todes wegen und ähnliche Rechtsgeschäfte	193
I. Abgrenzung zwischen Rechtsgeschäft unter Lebenden und von Todes wegen im allgemeinen	193
II. Zweiseitige (oder mehrseitige) rein unentgeltliche Rechtsgeschäfte	194
III. Teilweise unentgeltliche zweiseitige (mehrseitige) Rechtsgeschäfte	198

§ 31. Die Begünstigungsklausel bei einer Lebensversicherung	199
I. Wesen und Inhalt der Begünstigungsklausel	199
II. Bezeichnung des Begünstigten unter Lebenden oder von Todes wegen	200
III. Eigenarten der Bezeichnung von Todes wegen und Unterschied zum Versicherungsvermächtnis	202

§ 32. Die Verfügungen von Todes wegen betreffend das eheliche Güterrecht	203
---	-----

Drittes Kapitel

Die Verfügungen von Todes wegen als Ausdruck des Willens des Erblassers

§ 33. Auslegung, Ergänzung und Umwandlung	205
I. Die Methode der Auslegung der Verträge im allgemeinen und der zweiseitigen Verfügungen der Erbverträge im besonderen	205
II. Die Methode der Auslegung der nicht empfangsbedürftigen Erklärungen, insbesondere des Testaments	207
III. Auslegende und ergänzende Bestimmungen	208
IV. Die beiden meistvorkommenden Auslegungsregeln	210
V. Die Umwandlung	212
§ 34. Die Fähigkeit, von Todes wegen zu verfügen	213
I. Die Fähigkeit, Rechtsgeschäfte abzuschließen (pro memoria)	213
II. Die Testierfähigkeit	214
III. Die Parteifähigkeit bei den zweiseitigen Klauseln eines Erbvertrages	215
IV. Die Sanktion der Unfähigkeit	217
§ 35. Die Willensmängel	217
I. Das obligationenrechtliche System	217
II. Die Willensmängel betreffend die nichtempfangsbedürftigen Erklärungen und namentlich die letztwilligen Verfügungen	218
III. Die Willensmängel betreffend die zweiseitigen Erbvertragsklauseln	219
IV. Sanktion des Willensmangels	221

Viertes Kapitel

Die Formen der Rechtsgeschäfte von Todes wegen

§ 36. Allgemeines über die Form der Rechtsgeschäfte von Todes wegen	222
I. Nutzen und Sanktionen der Formerfordernisse	222
II. Die zugelassenen Formen und die davon beherrschten Verfügungen	223
§ 37. Die öffentliche Verfügung	224
I. Definition, Anwendungsgebiet des kantonalen Rechts und Fähigkeit zur Mitwirkung bei der Errichtung des Aktes	224
II. Die Verfahren bei der Errichtung eines öffentlichen Testaments	226
III. Die Mitteilung des letzten Willens und die Niederschrift des Testaments	227
IV. Rekognition, Beurkundung, Rekognitionserklärung und Bestätigung bei der Hauptform	228
V. Rekognition, Beurkundung, Rekognitionserklärung und Bestätigung bei der Nebenform (Art. 502 ZGB)	230

VI. Kombination der Nebenform mit der Hauptform?	230
VII. Obligatorische amtliche Aufbewahrung des öffentlichen Testaments	231
VIII. Die öffentliche Beurkundung des Erbvertrags	231
§ 38. Die eigenhändige letztwillige Verfügung	233
I. Die Niederschrift und ihre Unterlage	233
II. Angabe des Ortes und des Datums	235
III. Die Unterschrift	237
IV. Änderungen durch den Testator am Text des eigenhändigen Testaments	238
V. Amtliche Aufbewahrung eines eigenhändigen Testaments	239
§ 39. Die Form der mündlichen Verfügung	239
I. Voraussetzungen für die Zulassung des mündlichen Testaments	239
II. Verfahren	241

Fünftes Kapitel

Widerruf der Verfügungen von Todes wegen

§ 40. Der Widerruf des Testaments	243
I. Der Widerruf als letztwillige Verfügung	243
II. Das widerrufende Testament	244
III. Widerruf des dem Bedachten zugewendeten Gegenstandes durch Verfügung unter Lebenden	245
IV. Vernichtung des Testaments mit der Absicht, es zu widerrufen	247
V. Vernichtung ohne gültigen Widerruf	249
VI. Der Rückzug (Widerruf des Widerrufs)	251
§ 41. Der Widerruf durch den Erblasser und die zweiseitige Auflösung der Erbverträge	259
I. Der Widerruf des Erbvertrags durch den Erblasser	259
II. Die zweiseitige Aufhebung des Erbvertrags	261

Sechstes Kapitel

Die Unwirksamkeit und insbesondere die Nichtigkeit und die Ungültigerklärung der Verfügungen von Todes wegen

§ 42. Nichtbestehen und Unwirksamkeit	264
I. Definition des Nichtbestehens und Unterschied zur Unwirksamkeit	264
II. Die verschiedenen Unwirksamkeiten des Erbrechts	267
§ 43. Die Nichtigkeit von Verfügungen von Todes wegen	268
I. Allgemeines	268
II. Nichtigkeitsfälle	270
§ 44. Die richterliche Ungültigerklärung durch einen Nachfolger des Erblassers (Art. 519–521 ZGB)	272
I. Die Gründe der Ungültigerklärung	272
II. Das Verfahren der Ungültigerklärung	273
III. Die «Verjährung» der Klage und die unverjährbare «Einrede»	276
IV. Die Rückerstattung der Erbschaft (pro memoria)	279

§ 45. Die Ungültigerklärung des Erbvertrags durch den Erblasser und den Vertragspartner	279
I. Der Grundsatz und die Form der Ungültigerklärung durch den Erblasser	279
II. Die Ungültigerklärung durch den Vertragspartner oder seine Erben vor oder nach dem Tode des Erblassers	281
III. Verwirkung der Klage auf Ungültigerklärung und Heilung durch Untätigkeit des Opfers eines Willensmangels während eines Jahres	282
IV. Schutz der einen Partei bei Unfähigkeit der andern	283
V. Gerichtsstand für die Klage auf Ungültigerklärung zu Lebzeiten des Erblassers	285

Dritter Titel

Die erbrechtliche Ausgleichung

Erstes Kapitel

Die gesetzliche Ausgleichung zwischen Intestaterben

§ 46. Einleitung	290
I. Das Problem der Ausgleichung und die einschlägigen Regeln	290
II. Natur der gesetzlichen Vorschriften über die Ausgleichung	292
III. Reihenfolge der zu behandelnden Materien	293
§ 47. Die gesetzliche Ausgleichung der Ausstattungen gemäß Art. 626 Abs. 2 ZGB	294
I. Die der Ausgleichung gemäß Art. 626 Abs. 2 ZGB unterworfenen Zuwendungen	294
II. Der Ausgleichungspflichtige gemäß Art. 626 Abs. 2 ZGB	310
III. Die Gläubiger der gesetzlichen Ausgleichung gemäß Art. 626 Abs. 2 ZGB	313
IV. Die Arten der gesetzlichen Ausgleichung	316
V. Der Umfang der gesetzlichen Ausgleichung bei der Eröffnung des Erbgangs	321
VI. Die Verwendungen, die Früchte und die Wertveränderungen des auszugleichenden Gutes nach der Eröffnung des Erbgangs	330
VII. Die gesetzliche Ausgleichung des Überschusses	333

§ 48. Die gesetzliche Ausgleichung der Erziehungs- und Ausbildungskosten gemäß Art. 631 Abs. 1 ZGB	337
I. Rechtfertigung des gesetzlichen Systems	337
II. Ausgleichungsgläubiger und -pflichtige	339
III. Der Umfang der gesetzlichen Ausgleichung gemäß Art. 631 Abs. 1 ZGB	342

Zweites Kapitel

Die Verfügungen von Todes wegen betreffend die Ausgleichung

§ 49. Ausgleichungsanordnung und -dispens im allgemeinen	344
I. Die rechtliche Natur der Ausgleichungsanordnung und des Dispens	344
II. Form im allgemeinen, Zeitpunkt und Widerruf von Ausgleichungsanordnung und -dispens	347

§ 50. Die das dispositive Recht über die gesetzliche Ausgleichung beseitigenden Verfüγungen von Todes wegen	352
I. Der gänzliche oder teilweise Erlaß der gesetzlichen Ausgleichung	352
II. Die über die gesetzliche Ausgleichung hinausgehende Ausgleichungsanordnung	355
III. Die Verfüγungen von Todes wegen betreffend die Art der gesetzlichen Ausgleichung	357
IV. Änderung der gesetzlichen Ausgleichung im Hinblick auf deren Gläubiger (pro memoria)	358
§ 51. Die freiwillige Ausgleichung unter Intestaterben	358
I. Prinzip und Modalitäten der freiwilligen Ausgleichung unter Intestaterben	358
II. Der Gegenstand der freiwilligen Ausgleichung unter Intestaterben	359
III. Die Parteien bei der freiwilligen Ausgleichung unter Intestaterben, insbesondere der gesetzliche Nutznieder	361
§ 52. Die freiwillige oder als solche vermutete Ausgleichung unter eingesetzten Erben	365
I. Die vermutete freiwillige Ausgleichung	365
II. Die Anordnung der Ausgleichung unter eingesetzten Erben ist im numerus clausus der Verfüγungen von Todes wegen inbegriffen	366
III. Die auf die Anordnung und den Erlaß der Ausgleichung unter eingesetzten Erben anzuwendenden Regeln	368

Vierter Titel

Die Pflichtteile und die Herabsetzung

Erstes Kapitel

Die Pflichtteilsberechtigten und ihre Pflichtteile

§ 53. Allgemeine Begriffe	376
I. Die verschiedenen Auffassungen vom Pflichtteil	376
II. Der Schutz des Pflichtteilsberechtigten nach schweizerischem Recht	378
III. Definition des Pflichtteils und des verfügbaren Teils	380
§ 54. Die pflichtteilsberechtigten Verwandten	384
I. Pflichtteilsberechtigte Erben der ersten Parentel	385
II. Pflichtteilsberechtigte Erben der zweiten Parentel	385
III. Das Anwendungsbereich des gemeinen Bundesrechts bzw. des kantonalen Rechts	388
§ 55. Der Pflichtteil des überlebenden Ehegatten	390
I. Der dem überlebenden Ehegatten vorbehaltene Teil	390
II. Konkurrenz zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Nachkommen	392
III. Der überlebende Ehegatte in Konkurrenz mit der zweiten und der dritten Parentel	394

§ 56. Art. 473 ZGB	396
I. Zweck und Anwendungsbereich des Art. 473 ZGB	396
II. Die Pflichtteile und die verfügbare Quote im Falle der Anwendung des Art. 473 ZGB	399
III. Die Folgen der Wiederverheiratung des gemäß Art. 473 ZGB bedachten überlebenden Ehegatten	402
IV. Der Erwerb der dem überlebenden Ehegatten gemäß Art. 473 ZGB zustehenden Nutznießung	405
V. Analoge Anwendung der Art. 463 und 464 ZGB auf die gemäß Art. 473 ZGB vermehrte Nutznießung (Umwandlung in eine Rente und Sicherheiten)?	406
§ 57. Der von Art. 226 Abs. 3 ZGB vorgesehene Pflichtteil	408
I. Anwendung der ordentlichen Vorschriften über den Pflichtteil im Falle der Auflösung des Güterstandes der Gütergemeinschaft	408
II. Abweichungen des Art. 226 ZGB von den ordentlichen Vorschriften	409
§ 57a. Die Pflichtteile gemäß dem Vorentwurf zu einem Gesetz über die Wirkungen der Ehe	412

Zweites Kapitel Die Enterbung

§ 58. Allgemeines	414
I. Der Begriff der Enterbung	414
II. Die ratio legis und die beiden Enterbungsarten	417
§ 59. Die ordentliche oder Strafenterbung	417
I. Die Enterbungsgründe	417
II. Die Wirkungen der Verzeihung des Erblassers	423
III. Form der Enterbung	425
IV. Die Ungültigerklärung der Enterbung	426
V. Wirkungen der Enterbung mit Beispielen	428
§ 60. Die außerordentliche oder Präventiventerbung	431
I. Begriff	431
II. Formvoraussetzungen	432
III. Materielle Voraussetzungen	432
IV. Die Ungültigerklärung der Enterbung	435
§ 61. Hat die Enterbung des überlebenden Ehegatten beim Güterstand der Gütergemeinschaft besondere Wirkungen?	437

Drittes Kapitel

Die Festsetzung der Pflichtteile und der verfügbaren Quote

§ 62. Der Begriff der Erbschaft (oder Berechnungsmasse)	439
I. Zusammensetzung der Aktiven	439
II. Zusammensetzung der Passiven	441

§ 63. Die herabsetzbaren Zuwendungen unter Lebenden	442
I. Zuwendungen des Erblassers mit der Absicht, den Pflichtteil zu umgehen (Art. 527 Ziff. 4 ZGB)	442
II. Frei widerrufliche oder während der letzten fünf Jahre vor der Eröffnung des Erbgangs ausgerichtete Schenkungen – mit Ausnahme der üblichen Ge- legenheitsgeschenke – (Art. 527 Ziff. 3 ZGB)	445
III. Die ohne Zeitbegrenzung herabsetzbaren Vorempfänge (Art. 527 Ziff. 1 ZGB)	449
IV. Die aufgrund eines entgeltlichen Erbverzichtvertrags vom Erblasser dem Verzichtenden unter Lebenden erbrachten Leistungen	454
§ 64. Die Schätzung der aktiven Erbschaftselemente	458
I. Der Zeitpunkt der die Pflichtteile und die verfügbare Quote bestimmenden Schätzung	458
II. Nach der Eröffnung des Erbgangs auftretende Wertvermehrungen oder -verminderungen	458
III. Die Schätzungsmethoden	461
IV. Einfluß des guten oder des bösen Glaubens des Empfängers auf die Schätzung der herabsetzbaren Zuwendung unter Lebenden	466
§ 65. Die Schätzung der Lebensversicherungen	468
I. Einleitung und Wiederholung unserer Hauptthesen	468
II. Die Lösung aus der Anwendung der allgemeinen Grundsätze auf die Zu- wendungen betr. die Lebensversicherung	469
III. Die Zuwendung unter Lebenden, das Vermächtnis oder die Begünstigung bei der lebenslänglichen Todesversicherung, deren Versicherungsnehmer und Versicherter der Erblasser ist	470

Viertes Kapitel

Die Herabsetzung

§ 66. Der Mechanismus und die Wirkungen der Herabsetzung im allgemeinen	474
I. Die Fälle und Arten der Ausübung des Herabsetzungsanspruchs	474
II. Die Herabsetzung einer Schenkung oder eines Vermächtnisses und die Rück- leistung	476
III. Universalnachfolge des Pflichtteilsberechtigten auf den oder die Erben, auf denen Kosten er endgültig die Herabsetzung erlangt	477
IV. Die Fälle von Herabsetzung auf Kosten eines oder mehrerer Erbanteile .	479
V. Die Herabsetzungsfälle, in denen dem Pflichtteilsberechtigten kein Erbanteil oder kein zusätzlicher Bruchteil eines solchen gewährt wird	485
§ 67. Die Reihenfolge und das Verhältnis der Herabsetzungen	486
I. Die grundlegenden Prinzipien	486
II. Grundprinzipien für die Reihenfolge und das Verhältnis der Herabsetzungen und individueller Charakter der Herabsetzungsklage	488
III. Der Pflichtteilsberechtigte trägt den Verlust aus der Zahlungsunfähigkeit eines Bedachten	489
IV. Kann der Erblasser die gesetzliche Reihenfolge und das gesetzliche Verhäl- tnis der Herabsetzungen ändern?	491
V. Die Herabsetzung der nicht vollzogenen Vermächtnisse oder Auflagen . .	492

§ 68. Die Herabsetzung der Erwerbungen nach Intestatrecht	496
I. Vorbemerkungen	496
II. Der Erwerb nach Intestatrecht ist herabsetzbar	497
III. Der Rang der Herabsetzung eines Intestaterwerbs	499
IV. Der Sonderfall der Ausgleichung für Dritte, die den Pflichtteil des Beschwer- ten anbricht	500
§ 69. Die Herabsetzungsklage	503
I. Aktiv- und Passivlegitimation	503
II. «Verjährung» der Herabsetzungsklage	505
III. Der Gerichtsstand	507
§ 70. Die Herabsetzungs- und Rückleistungsarten	507
I. Die Herabsetzung eines Erbanteils oder des nicht ausgelieferten Vermäch- nisses um einen Bruchteil des Netto-Aktivums	507
II. Die Herabsetzung einer Zuwendung von vertretbaren Sachen oder von in- dividuell bestimmten, ohne Verlust teilbaren Gütern	507
III. Die Herabsetzung bestimmte Güter betreffend, die ohne Verlust nicht teilbar sind	508
IV. Die Herabsetzung betreffend Dienstbarkeiten oder periodische Leistungen	509
V. Die Herabsetzung zugunsten des Pflichtteilsberechtigten, der ein Vermäch- nis in Gestalt einer Nutznutzung, von periodischen Leistungen oder auch bedingte oder Terminrechte erwirbt	511
VI. Herabsetzung der dem Pflichtteilsberechtigten auferlegten Nacherbenein- setzung oder dauernden Willensvollstreckung	514
VII. Die Herabsetzung beim entgeltlichen positiven Erbvertrag (Art. 528 Abs. 2 ZGB)	516
VIII. Herabsetzung des entgeltlichen Erbverzichtvertrags (Art. 535–536 ZGB) .	517

Register

Gesetzesregister	523
Sachregister	533